

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juli 1960 (BGBl. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 2.10.1966 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde ST. BARBARA durch den Landrat, Kreisbauamt - Planungsstelle -

Festsetzungen gemäß § 9 Absatz 1 und 2 des Bundesbaugesetzes

1. Geltungsbereich	SIEHE ZEICHNUNG
2. Art der baulichen Nutzung	
2,1 Baugebiet	REINES WOHNGEBIET
2,1,1 zulässige Anlagen	WOHNGEBAUDE
2,1,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	KEINE GEM. § 1 (4) BAU. NVO
2,2 Baugebiet	ALLGEMEINES WOHNGEBIET
2,2,1 zulässige Anlagen	SIEHE § 4 (2) BAU. NVO *
2,2,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	KEINE GEM. § 1 (4) BAU. NVO
2,3 Baugebiet	ENTFÄLLT
2,3,1 zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2,3,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2,4 Baugebiet	ENTFÄLLT
2,4,1 zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2,4,2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
3. Mass der baulichen Nutzung	
3,1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE ZEICHNUNG
3,2 Grundflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3,3 Geschossflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3,4 Bauassenszahl	ENTFÄLLT
3,5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4. Bauweise	OFFENE EINZEL- u. DOPPELHÄUSER
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücke	SIEHE ZEICHNUNG
6. Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	~ 620 m ²
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Mass von OK Strassenkante Mitte Haus bis OK Erdgeschossfussboden)	NACH BESONDERER EINWEISUNG
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	ENTFÄLLT
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	GESAMTER GELTUNGSBEREICH
13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen die privatrechtlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist	ENTFÄLLT
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
15. Verkehrsflächen	SIEHE ZEICHNUNG
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluss der Grundstücke an die Verkehrsflächen	NACH BESONDEREM PLAN
17. Versorgungsflächen	ENTFÄLLT
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen	ENTFÄLLT
19. Flächen für die Ververwertung oder Beseitigung von Abwässern und festen Abfallstoffen	ENTFÄLLT
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zeit- und Badeplätze, Friedhöfe	ENTFÄLLT
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
23. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen	ENTFÄLLT
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engen räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind	ENTFÄLLT
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beeinträchtigen, von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung	ENTFÄLLT
27. Anpflanzung von Bäumen und Strüchern	DER VORGABEN IST ALS ZIERGARTEN ANZULEGEN
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Strüchern und Gießbäumen	ENTFÄLLT

Aufnahme von

Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Abt. S. 299).

SIEHE BESONDERE ANLAGE

ZULÄSSIG GEM. § 4 (2) BAU. NVO

- WOHNGEBAUDE
- DIE DER VERSORGUNG DES GEBIETES DIENENDEN LÄDEN, SCHANK- UND SPEISEWIRTSCHAFTEN SOWIE NICHT STÖRENDE HANDWERKS BETRIEBE,
- ANLAGEN FÜR KIRCHLICHE, KULTURELLE, SOZIALE UND GESUNDHEITLICHE ZWECKE.

ENTFALLT

Kennzeichnung von Flächen gemäss § 9 Abs. 1 BBauG

1. Flächen, bei denen besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind ENTFALLT
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmassnahmen gegen Naturgewalten
erforderlich sind ENTFALLT
3. Flächen, unter denen der Bergbau wegent ENTFALLT
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind ENTFALLT

Rechtliche Übernahme von Festsetzungen gemäss § 9 Abs. 4 BBauG

1. ENTFALLT
2.

Planzeichen-erläuterung

	Geltungsbereich
	Bestehende Gebäude
	Geplante Gebäude
	Bestehende Strassen
	Geplante Strassen
	Bestehende Grundstücksgrenzen
	Geplante Grundstücksgrenzen
	Baulinie
	Baugrenze
	Entwässerungsrichtung
	Wasserleitung
	Starkstromleitung
	Garagen
	OFFENE... Bauweise
	Geschosszahl
	GRZ Grundflächenzahl
	GFZ Geschossflächenzahl
	WR Reines Wohngebiet
	WA Allgemeines Wohngebiet
	SO Sonderbaugebiet

Der Bebauungsplan hat gemäss § 2 Abs. 6 BBauG ausgearbeitet vom bis
Der Bebauungsplan wurde gemäss § 10 BBauG als Satzung vom Gemeinderat am beschlossen.

....., den 196..

Der Bebauungsplan wird gemäss § 11 BBauG genehmigt.

Saarbrücken, den 196..

Der Minister für Öffentliche Arbeiten und
Wohnungsbau

Im Auftrag

Die öffentliche Auslegung gemäss § 12 BBauG wurde am ortsüblich bekanntgegeben.

Der Bürgermeister

DER LANDRAT DES KREISES SAARLOUIS
KREISBAUAMT - PLANUNGSSTELLE

BEBAUUNGSPLAN
BLAUWALD 3 BAUABSCHNITT

GEMEINDE: ST. BARBARA AMTSGEBIET: WALLERFANGEN

Maßstab: 1:500

Saarlouis, den 4. FEBR. 1965

Bearbeiter
geprüft: *Maas*
KR-BAUINSPEKTOR

Gezeichnet: MÜLLER

Sieht:

W. Müller
(Schaal)
Kreisbaumeister